

## **Herausforderungen der 80er Jahre für die Gewerkschaft Textil-Bekleidung**

---

Berthold Keller, geboren 1927 in Konstanz, ist seit 1978 Vorsitzender der Gewerkschaft Textil-Bekleidung

Zur aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Gesamtsituation

Rückläufiges Wirtschaftswachstum, steigende Arbeitslosigkeit, eine ungebrochene Inflationsentwicklung, Defizite in unserer Zahlungsbilanz, Hochzinspolitik und die unbestritten schwierige Finanzlage der öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern sind die Folgen einer weltweiten Entwicklung, die uns heute vor enorme Probleme stellt. Diesen Schwierigkeiten können wir nicht ausweichen und wir können vor ihnen auch nicht davonlaufen. Wir müssen sie als Herausforderung der 80er Jahre begreifen, auf die wir Antworten finden müssen, damit die soziale Stabilität unserer Gesellschaftsordnung nicht in ernste Gefahr gerät.

Wir dürfen jetzt nicht wild um uns schlagen, wie dies seit Monaten durch heillose Zerstrittenheit und ideologische Grabenkämpfe in manchen politischen Parteien in nicht zu verantwortender Weise geschieht. Wir müssen den Arbeitnehmern und ihren Familien vielmehr glaubhaft beweisen, daß sie in der Einheitsgewerkschaft die zuverlässige und erfolgreiche Vertretung ihrer Interessen zur Verfügung haben. Wir müssen aber auch deutlich sagen, daß die Gewerkschaften keine Zauberkünstler sind, die jeden noch so verständlichen Wunsch erfüllen könnten.

Die Kostenexplosion der letzten Jahre bei fast allen Rohstoffen und besonders beim Öl, als dem noch immer wichtigsten Energieträger unserer Volkswirtschaft, hat zu einer gigantischen Einkommensverteilung zugunsten der Ölförderländer geführt und die Wachstumschancen unserer Wirtschaft eingeschränkt.

Die internationale Hochzinspolitik, verstärkter Technologieeinsatz und die überdurchschnittliche Zunahme der Erwerbsbevölkerung bis Mitte der 80er Jahre

stellen uns heute und morgen vor neue und schwierige Aufgaben, die gelöst werden müssen. Rückläufiges Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit mit weiter steigender Tendenz und der Versuch, mit radikalen Eingriffen in soziale Besitzstände der Arbeitnehmer durch Kürzungen bei den Leistungsgesetzen vorzugeben, machen die Schwerpunkte der neuen Herausforderungen deutlich.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der viele Unternehmer, liberale und konservative Kräfte in Wirtschaft und Politik den Versuch unternehmen, durch die objektiven Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik jetzt die große Trendwende in der Gesellschafts- und Sozialpolitik auf unsere Kosten, d. h. zu Lasten der breiten Arbeitnehmerschichten, herbeiführen zu können. Das alles kann und wird nicht ohne Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Arbeit bleiben. Wir müssen uns auf diese Entwicklung einstellen und realistische Antworten geben.

Bei enger werdenden Verteilungsspielräumen in unserer Gesellschaft wird deshalb der Sicherung des sozialen Besitzstandes besondere Bedeutung zukommen. Auf diesem Felde werden die Gewerkschaften ihre ganze Kraft zum Abwehrkampf mobilisieren müssen. Die Sicherung der Arbeitsplätze und die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung muß dabei im Mittelpunkt unserer gewerkschaftlichen Arbeit, im Zentrum unserer gemeinsamen Anstrengungen stehen.

Wir können und werden uns mit dem Problem der Dauerarbeitslosigkeit nicht abfinden. 1,7 Millionen Arbeitslose im Augenblick und 1,75 Millionen, die für 1982 erwartet werden, lassen es einfach nicht zu, zur politischen Tagesordnung überzugehen und auf Wunder zu hoffen. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme in der Bundesrepublik Deutschland können nur in gemeinsamer Verantwortung von Regierung, Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgebern sozial ausgewogen gelöst werden. Ich unterstütze deshalb nachdrücklich die Auffassung von Heinz-Oskar Vetter, ohne Vorbehalte zu prüfen, welchen Weg die Gewerkschaften mitgehen könnten, um aus den Schwierigkeiten mittelfristig herauszukommen.

Der Bundesvorstand des DGB hat Heinz-Oskar Vetter unterstützt und Gespräche mit der Regierung, den Bundestagsfraktionen, der Bundesbank und den Arbeitgeberverbänden beschlossen. Diese Gesprächsrunden haben begonnen. Sie beweisen den entschlossenen Willen der Gewerkschaften, ihren Beitrag zur Überwindung der Schwierigkeiten zu leisten. Das ist für mich keine Frage von Klassenkampf oder falsch verstandener Partnerschaftsideologie, sondern eine Frage der großen Verantwortung, der wir im Interesse der Arbeitnehmer gerecht werden müssen. Wenn wir in der Friedenspolitik die Amerikaner und die Sowjets an den Verhandlungstisch bringen wollen, dann müssen wir auch bereit sein, in unserem eigenen Lande mit den Unternehmern an einem Tisch zu sitzen, um die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten überwinden zu können.

Unser Land ist in Schwierigkeiten. Das muß ganz deutlich gesagt werden. Wir sind aber nicht allein in dieser Klemme, sondern die Völker aller Länder kämpfen mit noch mehr Problemen als sie uns bedrücken. Und wir sollten nicht übersehen, daß die Bundesrepublik bei der Bewältigung dieser Schwierigkeiten bisher zu den erfolgreichsten Ländern gehört. Das ist allerdings nur ein schwacher Trost.

Jetzt kommt es entscheidend darauf an, ob wir vor diesen Problemen resignieren oder gar kapitulieren, oder ob wir gemeinsam in der Lage sein werden, unser Schiff Bundesrepublik wieder flott zu machen. Diese Aufgabe meistern wir nicht durch ideologische Sprüche, sondern nur durch zielstrebige Arbeit und Taten. Wir alle haben in diesem Lande doch keinen Grund, Angst vor der Zukunft zu haben.

Wir können aus unserer jüngsten Geschichte lernen. Wenn nach dem furchtbaren zweiten Weltkrieg gerade die Arbeitnehmer aus dem Trümmerhaufen Deutschland durch ungeheure Anstrengungen wieder ein blühendes Land gemacht haben, dann müßte es doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht in der Lage wären, mit gleichem Geist, mit gleichem Fleiß und mit gleicher Verantwortung die heutigen Probleme zu bewältigen und die Zukunft gestaltend in den Griff zu bekommen.

Die wirtschaftlichen Grundlagen weltweit und auch in unserem Lande haben sich entscheidend verändert. Wenn wir in der Bundesrepublik 1980 40 Milliarden DM mehr als 1978 für die gleiche Menge Erdöl bezahlen mußten, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß diese gigantische Summe an Wirtschaftskraft oder Geld uns nicht mehr zur Verfügung steht und daher nicht noch einmal ausgegeben werden kann. Ähnliche Entwicklungen gibt es bei den weiteren Rohstoffen. Wir alle werden daher grundsätzlich umdenken müssen. Wir alle haben uns in vielen vergangenen Jahren an Entwicklungen gewöhnt, die urplötzlich gestoppt worden sind. Viele daraus entstandene Ansprüche werden in der Zukunft nicht mehr so schnell erfüllt werden können und mancher Besitzstand wird einer kritischen Prüfung unterzogen werden müssen.

Alle Gruppen in unserer Gesellschaft werden bereit sein müssen, ihren angemessenen Beitrag zur umfassenden Sicherung unserer demokratischen Gesellschaft zu leisten. Diese Forderung gilt auch für die Gewerkschaften. Auch wir werden umdenken müssen. Wir sagen aber auch mit aller Deutlichkeit, daß die Gewerkschaften eine einseitige Verzichtspolitik zu Lasten der Arbeitnehmer nicht zulassen werden.

#### Für eine Politik der sozialen Ausgewogenheit

Die wochenlange Diskussion um den Bundeshaushalt 1982, die Forderung nach einer grundsätzlichen Neuordnung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu Lasten

der sozialen Sicherheit haben mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, welchen Weg die liberalen und konservativen Zurückreformer einschlagen möchten. Von Graf Lambsdorff über den Wirtschaftsrat der CDU, von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bis zum Bundesverband der Deutschen Industrie wird versucht, den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften Rezepte zu verordnen, die nur noch als Roßkur bezeichnet werden können.

Die Aussagen prominenter Politiker aus allen Lagern lassen den Eindruck zu, daß die Lösung aller Probleme nur durch rigorose Einschnitte in das soziale Netz möglich sei. Gerade die FDP, die Arbeitgeber und auch Teile der CDU/CSU überbieten sich gegenseitig mit entsprechenden Vorschlägen. Reduzierung beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe, Reduzierung beim Kindergeld und beim Mutterschaftsgeld, Kürzungen der Arbeitnehmeransprüche bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, das sind Beispiele aus dem traurigen Forderungskatalog dieser Zurückreformer. Verzicht der Arbeitnehmer in fast allen Bereichen und als Gegenleistung freie Bahn für die Unternehmer, heißt die politische Parole dieser ewig Gestrigen. Diesen Weg gehen wir nicht mit. Hier werden die Gewerkschaften ihre Funktion als soziale Gegenmacht immer wieder beweisen müssen. Wenn es um die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer geht, werden wir auch in Zukunft nicht zum Steigbügelhalter der einen oder zum Bremsklotz der anderen Partei werden. Wir sind weder der dritte Koalitionspartner im Regierungslager noch die Hilfstruppe der Opposition.

Noch sind die letzten Entscheidungen über die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht gefallen, aber bereits jetzt bleibt festzustellen, daß die Gewerkschaften mit dem Kompromißhaushalt für 1982 nicht zufrieden sein können. Zwar konnte der Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und auf das Arbeitslosengeld gemeinsam mit den Sozialdemokraten für den Augenblick abgewehrt werden. Aber der vom DGB und seinen Gewerkschaften immer wieder mit Nachdruck geforderte Einstieg in eine aktive Beschäftigungspolitik ist am massiven Widerstand der FDP gescheitert. Bei 1,7 Millionen Arbeitslosen mit steigender Tendenz ist das für 1982 eine verheerende Perspektive. Die von uns seit langem geforderte Arbeitsmarktabgabe für Selbständige und Beamte konnte nicht durchgesetzt werden. Auch die von den Gewerkschaften geforderte Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen scheiterte am Widerstand der FDP. Gleichzeitig bekennt der Wirtschaftsminister in seiner Eröffnungsrede zur Frankfurter Buchmesse freimütig, daß die Entwicklung am Arbeitsmarkt auch für die Zukunft düster beurteilt werden muß.

Das Herbstgutachten der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute und das Gutachten des Sachverständigenrates unterstreichen diese düsteren Prognosen für das nächste Jahr. Das Wachstum der Wirtschaft soll im besten Fall um ein

Prozent ansteigen. Die Arbeitslosigkeit wird nach Auffassung der Wirtschaftsforscher auf 1,6 Millionen im Jahresdurchschnitt ansteigen und die Preissteigerungsrate würde demnach noch immer bei 4,5 % liegen. Diese Entwicklung wird aber nur dann erwartet, wenn es zu keinen zusätzlichen Störungen für die Konjunktur kommt.

Die Bundesregierung muß deshalb wissen, daß untätiges Hoffen auf die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes voll zu Lasten der Arbeitnehmer und der kleinen Leute geht. Es ist für uns unannehmbar und für die Arbeitnehmer eine Zumutung, wenn der Verzicht auf die bisherigen Realeinkommen als einziges Mittel zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Sicherung der Arbeitsplätze bezeichnet wird. Die erschreckende Zunahme der Konkurse und Firmenzusammenbrüche ist im wesentlichen auf die zu schwache Inlandsnachfrage zurückzuführen. Wir brauchen deshalb auch in Zukunft eine Einkommenspolitik, die die Kaufkraft bei der Masse der Bevölkerung im Durchschnitt und mittelfristig nicht absinken läßt.

Einen Lohnverzicht, wie er im Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute gefordert wird, kann und wird es deshalb für die Gewerkschaft Textil-Bekleidung nicht geben. Was wir jetzt brauchen ist eine Geldpolitik der Bundesbank, die sich an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten im Inland mehr als bisher orientiert, die den notwendigen Kapitalbedarf der Wirtschaft erleichtert und Konjunkturprogramme ermöglicht. Die Senkung des Lombardsatzes war ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg muß konsequent fortgesetzt werden.

Die Gewerkschaften fordern von der Bundesbank aus beschäftigungspolitischen Gründen seit langem eine spürbare Reduzierung des Zinsniveaus. Vollbeschäftigung muß endlich bei den Entscheidungen der Bundesbank den gleichen Stellenwert bekommen wie die Stabilität beim Außenwert unserer Währung. Was wir jetzt brauchen, ist eine Wirtschaftspolitik des Bundes und der Länder, bei der die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften nach einer aktiven Beschäftigungspolitik endlich realisiert wird.

Unsere Forderungen liegen in Bonn auf dem Tisch. Der Rat der Sachverständigen hat unsere Forderung nach einem gezielten Beschäftigungsprogramm ausdrücklich unterstützt und empfiehlt eine Größenordnung von 7 Milliarden DM. Wenn ein weiteres Absacken der Wirtschaft und der Weg in die Massenarbeitslosigkeit verhindert werden soll, ist schnelles und entschlossenes Handeln jetzt das Gebot der Stunde. Wenn die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft unsere Forderungen aufgreifen und ernsthaft an wirkungsvollen und sozial ausgewogenen Konzepten zur Überwindung der Arbeitslosigkeit mitarbeiten, dann werden auch die Gewerkschaften ihren Beitrag dazu leisten.

Die Solidarität mit dem wachsenden Heer von Arbeitslosen wird von uns nicht infrage gestellt. Die Forderungen der Arbeitgeber zur Überwindung der Probleme sind einseitig und für uns nicht erfüllbar. Sie predigen weniger Lohn und mehr arbeiten. Durch Kürzung des Arbeitslosengeldes soll u. a. mehr räumliche Mobilität der Arbeitnehmer erzwungen werden.

Aber auch im Bereich der Parteien begegnen wir solchen Überlegungen. Diesen Weg gehen wir nicht mit. Hier werden Ursache und Wirkung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen bewußt verwechselt und die Schuld eindeutig den sozial Schwächeren, den Arbeitnehmern, zugeteilt. Wir dürfen es nicht zulassen, daß durch Kürzung des Arbeitslosengeldes die betroffenen Arbeitnehmer gezwungen werden, sich auf der Suche nach einem Arbeitsplatz wie die Hasen durch die ganze Bundesrepublik jagen zu lassen. Wer mit der vornehmen Umschreibung räumlicher Mobilität solche Forderungen erhebt, dokumentiert eine Einstellung, die mit sozialen Gesichtspunkten nichts mehr gemein hat.

Arbeitgeberpräsident Esser und viele Unternehmer sowie zahlreiche Politiker glauben offensichtlich, daß sie zum Beispiel von einer arbeitslos gewordenen verheirateten Näherin im Bayerischen Wald ohne Hemmungen verlangen können, daß sie eben einfach in München oder Stuttgart einen Arbeitsplatz anzunehmen hat, weil es dort gerade einen gibt. Glauben Herr Esser und seine Gesinnungsgenossen ernsthaft, daß bei den bei Gott nicht besonders attraktiven Löhnen in der Textil- und Bekleidungsindustrie einer Familie der Umzug in eine Ungewisse Zukunft mit nach wie vor unsicherem Arbeitsplatz auch an der neuen Stelle zugemutet werden kann?

Wenn im Grundgesetz Ehe und Familie den besonderen Schutz des Staates garantiert bekommen, dann muß auch eine Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik betrieben werden, die den Bürgern auch tatsächlich die Inanspruchnahme dieses Grundrechtes ermöglicht. Das heißt im Klartext: Wir brauchen eine Strukturpolitik, die die Arbeitsplätze zu den Menschen bringt und sie nicht umgekehrt zu den nach reinen Profitgesichtspunkten ständig wechselnden Arbeitsplatzstandorten treibt. Wir sind nicht generell gegen räumliche Mobilität, wenn damit wesentliche Verbesserungen am neuen Arbeitsplatz bezüglich des Einkommens und der Arbeitsplatzsicherheit verbunden sind. Auch in dieser Beziehung werden gerade junge Menschen in der Zukunft in ihrem eigenen Interesse beweglicher sein müssen.

Wir wehren uns aber entschieden gegen alle Versuche, die große Masse der Arbeitnehmer aus Unternehmerinteresse zu einem Volk von Wandervögeln werden zu lassen. Eine solche Entwicklung würde allein den ohnehin total am Boden liegenden Wohnungsmarkt in einem Ausmaß belasten, der nicht mehr finanziert werden kann. Vorrang vor der Forderung nach räumlicher Mobilität muß die berufliche Mobilität haben. Das heißt, daß die Unternehmer endlich bereit sein müssen,

der beruflichen Aus- und Fortbildung der Arbeitnehmer einen weitaus höheren Stellenwert einzuräumen. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung hat seit vielen Jahren der Textil- und Bekleidungsindustrie den Abschluß solcher Tarifverträge angeboten. Beide Verbände haben sich bis heute vor der Lösung dieser für die soziale Marktwirtschaft entscheidenden Aufgabe gedrückt. Sie müssen sich daher den harten Vorwurf gefallen lassen, an dem Fortbestand einer leistungsfähigen Textil- und Bekleidungsindustrie offensichtlich nicht sonderlich interessiert zu sein. Gerade an dieser Entwicklung zeigt sich ein gefährlicher Mangel an politischer Weitsicht, der für die Zukunft der Textil- und Bekleidungsindustrie verheerende Folgen haben kann.

Die Zukunft unseres Landes wird von der Fähigkeit der Politiker und der Tarifvertragsparteien entscheidend geprägt werden, die vielfältigen Probleme mit neuen Ideen, Mut und Verantwortung meistern zu wollen und dann können sie das auch. Die Unternehmer müssen mehr als bisher und nachhaltiger an die soziale Verpflichtung gerade des wirtschaftlichen Eigentums erinnert werden. Diese Forderung gilt gerade für die Wiederherstellung und dann den Erhalt der Vollbeschäftigung. Und hier wird in den kommenden Jahren die Arbeitszeitpolitik eine bedeutsame Rolle mitspielen.

Wir brauchen in der Zukunft qualitatives wirtschaftliches Wachstum. Wohin Nullwachstum führt, wird uns augenblicklich in brutaler Form vorgeführt. Dies wird aber nicht zur Vollbeschäftigung ausreichen. Technischer Fortschritt, Rationalisierung, Mikroprozessoren werden wahrscheinlich mehr Arbeitsplätze vernichten als schaffen. Darum sei ganz deutlich gesagt: Wenn der Produktivitätszuwachs mehr Arbeitsplätze vernichtet als durch Wachstum geschaffen werden können, dann muß die Differenz durch eine gezielte Verkürzung der Arbeitszeit geschlossen werden.

#### Existenzfrage für die Industrie: ein neues Welttextilabkommen

Das neue Welttextilabkommen wird ebenfalls zu einer Kernfrage für unsere Industrie und für die Sicherung der vielen Frauenarbeitsplätze, die gerade in der Textil- und Bekleidungsindustrie zur Verfügung stehen. Am Ende dieses Jahres läuft der Rahmenvertrag des augenblicklich geltenden Welttextilabkommens aus. Dieses Abkommen muß nicht nur verlängert, sondern auch entschieden verbessert werden. Weder das Welttextilabkommen Nummer 1, das Ende 1977 ablief, noch das jetzige Welttextilabkommen Nummer 2 haben für uns die ursprünglich vorgesehene Schutzfunktion auch nur annähernd erfüllt. Die Ursache für diese völlig unzureichenden beschäftigungsmäßigen Auswirkungen war die Erwartung unrealistisch hoher Wachstums- und Verbrauchssteigerungen in den Industrieländern und in der Europäischen Gemeinschaft. Den Niedriglohn- und Niedrigpreisländern wurden Steigerungsraten für ihre Exporte garantiert, die in Hinsicht auf die Aufnahmefähigkeit der Märkte in der EG viel zu hoch waren.

Der nur noch gering oder gar nicht mehr steigende Verbrauch bei uns und die unabhängig davon weiter steigenden Einfuhren aus den Niedriglohn- und Niedrigpreisländern hatten zur Folge, daß die Produktion und die Beschäftigung in unserer Textil- und Bekleidungsindustrie katastrophal zurückgingen.

Hier nur einige wesentliche Fakten für die Entwicklung in der Vergangenheit:

Während sich die Textil- und Bekleidungsimporte der BRD in den letzten 10 Jahren (von 1970 bis 1980) von 8,7 Mrd DM auf 25,8 Mrd DM verdreifachten, sank die Zahl der Beschäftigten um 328000 von damals 881.000 auf nur noch 553 000. Das bedeutet in 10 Jahren einen Beschäftigungsverlust von fast 40 Prozent.

Trotz dieses schweren Aderlasses sind in der Textil- und Bekleidungsindustrie immer noch fast 40 Prozent aller Arbeitnehmer der deutschen Verbrauchsgüterindustrie beschäftigt. Die Beschäftigtenzahlen in der Textil- und Bekleidungsindustrie sind doppelt so hoch wie in der Stahlindustrie und genauso hoch wie in der chemischen Industrie.

Die von einer gewissen politischen und wirtschaftlichen Seite vorgebrachte These, daß die Bundesrepublik nicht nur der größte Textilimporteur, sondern auch der größte Textilexporteur der Welt sei, erweist sich als fadenscheinig; denn der Einfuhrüberschuß, d. h. die Einfuhren abzüglich der Ausfuhren, hat sich in den letzten 10 Jahren sogar von 1,8 Mrd DM auf 9,5 Mrd DM mehr als verfünffacht, weil die Einfuhren viel stärker stiegen als die Ausfuhren.

Die Bundesrepublik, die bei den internationalen Textilverhandlungen und Textilregelungen immer den liberalen Musterknaben abgab und abgibt, hat durch diese Außenhandelspolitik erreicht, daß der durchschnittliche Anteil der Importe am Umsatz der Textil- und Bekleidungsindustrie im letzten Jahr auf fast 50 Prozent angestiegen ist. Vor zehn Jahren lag dieser Anteil noch bei 22 Prozent.

Wenn man nur die Textil- und Bekleidungseinfuhren aus den Niedriglohn- und Niedrigpreisländern berücksichtigt, so ergeben sich im internationalen Vergleich pro Kopf in der Bundesrepublik folgende Verhältniswerte: Unsere Einfuhren betragen das 6,7fache derjenigen der USA, das 4,5fache derjenigen Japans, das 3,7fache derjenigen Frankreichs und das 2,9fache derjenigen Großbritanniens.

Wenn jemand von Einfuhrprotektionismus redet, sollte er sich daher erst einmal mit den Tatsachen vertraut machen. Wir sind jedenfalls nicht bereit, der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie und deren Beschäftigten auf dem Altar eines falschen Superliberalismus weitere unzumutbare Opfer aufbürden zu lassen. Wir sind



im Gegensatz zu den liberalen Ideologen auch nicht bereit, ausbeuterische Löhne, unmenschliche Arbeitsbedingungen und die Verbote freier Arbeitnehmerorganisationen in Entwicklungsländern als deren „natürliche Kostenvorteile“ anzuerkennen und unsere Arbeitsplätze durch diese soziale Schmutzkonzurrenz kaputt machen zu lassen.

Wer als Politiker Stundenverdienste und Gesamtlohnkosten, die nur 4 bis 20 Prozent der unseren betragen, als auszunutzende Kostenvorteile bezeichnet, muß wissen, daß er die Arbeitsplätze in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie nach den Gesetzen des Frühkapitalismus wegkonkurrieren läßt. Zu diesen Niedriglohnländern gehören z. B. Hongkong, Singapur, Taiwan, Südkorea, die Philippinen, Indien, Thailand und Pakistan.

Die Importfluten aus aller Welt haben dazu geführt, daß mittlerweile 90 Prozent aller in der Bundesrepublik gekauften Herrenhemden importiert sind. Bei Damenblusen erreicht die Importrate 72 Prozent, bei Herrenunterkleidung 67 Prozent, bei Hosen 67 Prozent, bei Damenmänteln 62 Prozent und bei Kleidern 60 Prozent. Den höchsten Importanteil am Verbrauch haben Miederwaren mit 93 Prozent. Der Importhandel argumentiert, diese Importschwemme sei notwendig, um den deutschen Verbraucher mit kostengünstigen und billigen Textil- und Bekleidungsartikeln versorgen zu können. Der Handel schwingt sich also zum Interessenvertreter des Verbrauchers auf.

Die Tatsachen sehen jedoch anders aus: Die Einzelhandelspreise für Textilwaren stiegen in den letzten 10 Jahren um 64 Prozent. Die Erzeugerpreise der deutschen Textilindustrie erhöhten sich jedoch nur um 44 Prozent und diejenigen der deutschen Bekleidungsindustrie nur um 52 Prozent. Damit ist erwiesen, daß der Handel die Kostenvorteile aus den Billigimporten nicht an den Verbraucher weitergegeben, sondern in die eigene Tasche gesteckt hat.

Wir suchen immer noch den oder die Politiker, die uns nicht wolkenreich, sondern konkret sagen können, wo denn die Ersatzarbeitsplätze für unsere Beschäftigten herkommen sollen, wenn der Beschäftigungskahlschlag in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie so weitergeht oder noch schlimmer wird. Wir wollen von den verantwortlichen Politikern endlich klare Antworten und konkrete Ergebnisse. Wir verzichten auf blumige und vollmundige Ausreden, und wir haben nichts von unrealistischen Philosophien und theoretischen Modellrechnungen, die für unsere Arbeitsplatzsicherheit nichts hergeben.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung und auch die Textil- und Bekleidungs-gewerkschaften der Europäischen Gemeinschaft haben daher an ihre nationalen Regierungen und die EG-Kommission in Brüssel folgende Hauptforderungen für die Erneuerung und Verbesserung des Welttextilabkommens gestellt:

1. Jährliche mengenmäßige Zuwachsraten von höchstens 1,5 v.H. entsprechend den zu erwartenden niedrigen Zuwachsraten beim privaten Verbrauch. Die bisherige 6-Prozent-Steigerungsrate war entschieden zu hoch angesetzt.
2. Laufzeit von 10 Jahren (bisher 4 Jahre), um der Industrie bei ihren Investitionsentscheidungen einen angemessenen Sicherheitszeitraum zu verschaffen.
3. Unterschiedliche Behandlung von hochindustrialisierten und wirklichen Entwicklungsländern. Denn 55 v.H. der Textil- und 75 v.H. der Bekleidungseinfuhren aus allen Entwicklungsländern kommen aus nur 4 Hauptlieferländern. Dies sind Hongkong, Südkorea, Taiwan und Macao.
4. Einbau von sozialen Mindestbedingungen nach den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf.
5. Beibehaltung der Lastenteilung innerhalb der EG, damit der überdurchschnittlich hohe Anteil der BRD an den Importen aus den Niedriglohn- und Niedrigpreisländern sukzessive verringert wird.
6. Beibehaltung eines Gesamtimportkontingents aller EG-Länder und Anrechnung der Lohnveredelungsimporte auf die zugeteilten Kontingente.
7. Ausweitung des Kataloges der besonders stark zu schützenden (hochsensiblen) Textil- und Bekleidungsprodukte.
8. Strengere Handhabung des Ursprungsnachweises und Strafabbau bei Umgehungseinfuhren.
9. Keine Übertragung von einer Warengruppe zu einer anderen und von einem Jahr auf das nächste.
10. Abbau von Handelshemmnissen und Zollschränken bei Staatshandels- und Schwellenländern. Der textile Außenhandel darf keine Einbahnstraße bleiben, auf der wir nur importieren, aber nicht exportieren dürfen. Gegenüber Hongkong betragen unsere Einfuhren im letzten Jahr z.B. 1,719 Mrd DM, unsere Ausfuhren jedoch nur 64 Mio DM. Bei Südkorea betrug dieses Verhältnis 744 Mio DM zu 23 Mio DM und bei Taiwan 622 Mio DM zu 11 Mio DM.

Wir verlangen von unserer Regierung, daß sie die berechtigten Interessen aller Arbeitnehmer, also auch die aus der Textil- und Bekleidungsindustrie, gleichwertig und gleichgewichtig vertritt. Wir wollen keine Extrawurst, sondern Gleichbehandlung. Dafür kämpfen wir und deshalb demonstrieren wir in Bonn für ein neues und

verbessertes Welttextilabkommen. Mit diesem Rahmenvertrag wird der Kampf jedoch noch nicht zu Ende sein. Denn danach gilt es, mit den einzelnen Entwicklungsländern in direkten Verhandlungen die einzelnen Handelsbedingungen festzulegen. Der Marsch von über 20000 Textil- und Bekleidungsarbeitnehmern ins Zentrum der deutschen Politik war ein eindrucksvolles und unüberhörbares Signal an die Politiker in Bonn und Brüssel.

Wir werden immer wieder mit Entschlossenheit und kämpferischem Einsatz dafür sorgen müssen, daß trotz der harten Realitäten die Interessen der Arbeitnehmer nicht auf der Strecke bleiben. Nur mit dem notwendigen Druck können wir in der Tarif- und Textilpolitik der fehlenden Einsicht im Arbeitgeberlager und in der Politik nachhelfen. Wie seit 100 Jahren müssen wir auch heute und morgen um jedes Stückchen Fortschritt, um jede noch so kleine Verbesserung kämpfen. Wir können diesen Kampf nur in der gemeinsamen Solidarität aller Arbeitnehmer erfolgreich bestehen. Wenn wir aber zum gemeinsamen Handeln fähig und bereit sind, wenn sich Frauen und Männer den gewerkschaftlichen Zielen gleichermaßen verpflichtet fühlen, dann werden wir auch in der Lage sein, unseren sozialen Rechtsstaat weiter auszubauen, Bewährtes zu erhalten und Angriffe auf mühsam erworbene Arbeitnehmerrechte abzuwehren.